
Erinnerungswende nach 60 Jahren?

Anmerkungen zum Generationen- und Perspektivenwechsel
in Europa

Paul Schulmeister

An vielen Orten Europas sind Politiker Anfang Mai in den Mantel einer feierlichen Geschichtserinnerung geschlüpft, die – trotz aller nationalen Unterschiede – Schritt für Schritt homogener zu werden scheint. Das Gedenken an Weltkrieg und Holocaust hat die öffentliche Bühne derart zielgerichtet beherrscht, daß sich die Frage aufdrängt: für welches Ziel?

Für das Ziel etwa, sich im gemeinschaftlichen »Nie wieder!« als aufgeklärte Europäer neuer Qualität zu erkennen und zu bekennen? Das wäre eine fast klassische Antwort. Sie reicht wohl nicht aus. Eher gewinnt man den Eindruck, daß ein vielfach erschöpftes Europa gerade im Blick zurück neue Zukunftskraft zu generieren hofft. Vor allem Deutschland, insbesondere seine Regierung, stellt sich, so schwach wie kräftemimend zugleich, der Vergangenheit – vielleicht etwa, um ihrer Last aufs politisch Korrekteste zu entkommen?

Am 10. Mai ist in Berlin in einer Art Staatsakt Peter Eisenmans »Denkmal für die ermordeten Juden Europas« der Öffentlichkeit übergeben worden. Manche hatten schon vorher befürchtet, daß sich dieser symbolpolitische Akt in einer späteren Rückschau als Beginn des vielbeschworenen »Schlußstrichs« herausstellen könnte. Einer der herausragenden Vertreter der jüngeren Historikergeneration, Norbert Frei, geht in einem jüngsten Buch »1945 und wir« nicht soweit; doch auch er erkennt eine Zäsur und einen erinnerungspolitischen Gezeitenwechsel.

Einige Beispiele: Seit März 2005 kann sich der Erholungsuchende auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden – dort, wo Adolf Hitler und seine Entourage residierten – in einem Luxushotel mit dem unverfänglichen Namen »Mountain Resort« entspannen. Damit der Besucher der historischen Kontamination des Ortes gewahr wird, liegt in jedem Gästezimmer ein dickes Dokumentationsbuch auf. Wie viele werden es lesen?

Angesichts der Herausforderungen der Zukunft plädiert der frühere deutsche Industriellen-Präsident Hans-Olaf Henkel für ein »Ende des deutschen Schuldkomplexes«. Im Blick auf die NS-Zeit heißt es in Henkels Buch »Die Kraft des Neube-

ginn«: »Wenn sich die Spirale des Grauens erst bewegt, wird die Frage, wer zuerst daran gedreht hat, fast nebensächlich.« Kann man nach sechs Jahrzehnten schon auf diese Weise zurücksehen?

»So viel Hitler wie nie«

»So viel Hitler war nie«, notieren Zeitbeobachter erstaunt, wenn sie die deutschen Fernsehprogramme und Buchgeschäfte mustern. Der Boom übertrifft noch das Rekordjahr 1995. Doch was besagt das schon? Millionen haben bisher den Film »Der Untergang« gesehen. Er zeigt uns Hitler als einen grimmig-sonderbaren Diktator in den letzten Tagen seines mordbesessenen Scheiterns. Einer geht unter, doch dabei geht uns kein Licht auf.

Die Bücherfülle über die Nazizeit zeigt zweierlei: daß Wissenschaftler mit immer neuen Studien versuchen, das Böse zu erfassen (das sich in seinem geheimnisvollen Kern doch eher dem Begreifen entzieht); und daß sich immer stärker eine Pluralität des Erinnerns an die Nazizeit und ihre Folgen einstellt: neben den neuesten Hitler-Büchern stehen Bildbände über die Schrecken des Bombenkriegs oder die Vertreibungen der Deutschen aus ihrer einstigen Heimat. Im Rückblick scheint sich die Täter-Opfer-Unterscheidung abzuschleifen. Das zeigt sich etwa in folgendem Satz, den man heute nicht selten hört: »Sprecht mit der Kriegsgeneration, solange es nicht zu spät ist«. Soldat oder KZ-Insasse: nach 60 Jahren nur mehr gleichkleine Figurinen einer fernen Geschichte?

Je größer die zeitliche Distanz, desto mehr fühlen sich viele zur Einebnung der Unterschiede berechtigt. Siegfried Kampl, ein Kärntner Mitstreiter Jörg Haiders und Mitglied des österreichischen Bundesrates (als dessen Präsident er bis zu seinem späten Rücktritt designiert war), hatte im April in der Länderkammer erklärt, viele Wehrmachtsdeserteure seien »Kameradenmörder« gewesen und nach 1945 habe es eine »brutale Naziverfolgung« gegeben. Dem folgte eine Rücktrittszusage Kampls, dann deren Widerruf, schließlich sollte durch eine Verfassungsänderung wenigstens seine Bundesrat-Präsidentschaft verhindert werden. Haider riet ihm und anderen Politikern, zu historischen Fragen besser nichts mehr zu sagen. Kampls Bundesratskollege John (Graf) Gudenus hielt sich nicht daran, sagte Ende April auf eine Reporterfrage nach den Gaskammern in den KZs, das müsse man erst einmal »überprüfen«, trat dann nach Protesten aus der FPÖ aus, behielt aber sein Mandat...

Als am 27. Jänner dieses Jahres im dichten Schneetreiben ein paar hundert Überlebende in Auschwitz an der Gedenkfeier zur KZ-Befreiung vor 60 Jahren teilnahmen, da hatte Erschütterung alle Anwesenden ergriffen. 30 Staats- und Regierungschefs aus ganz Europa waren gekommen. Wird das Gedächtnis an den Holocaust zu einer Art Klammer für die Identität des geeinten Europa? Wer von den über 80jährigen ehemaligen KZ-Häftlingen wird 2015 noch dabei sein? Mit dem Tod der letzten Zeitzeugen wird der wichtigste Strom authentischer Erfahrungsweitergabe versiegen. Heute überlegt man in Auschwitz, ob und wie man die zerfallenden KZ-Baracken erhalten kann. Oder ob man die sich entfärbenden, verfilzten Haarberge bestatten soll. An die Stelle von *Memory* tritt *History*, konstatiert Norbert Frei.

Bei Prinz Harry aus dem Königshaus Windsor konnte nicht einmal mehr von »*history*« die Rede sein, als er zu Jahresanfang eine Party in Uniform mit Haken-

kreuz-Armbinde zu erheitern glaubte. »Selig die Vergeßlichen, denn sie werden auch mit ihren Dummheiten fertig«, spottete einst Nietzsche. Doch der Denker des »Übermenschen« hatte nicht nur für die Kunst des Vergessens plädiert, sondern auch für die Notwendigkeit des Gedächtnisses: »Man brennt etwas ein, damit es im Gedächtnis bleibt. Nur was nicht aufhört wehzutun, bleibt im Gedächtnis«.

Eben diesen Schmerz wollen heute viele bei der Erinnerung, wenn's geht, vermeiden. Das aber würde die Erinnerung harm- und kraftlos machen. 54 Prozent der jungen Österreicher unter 24 Jahren interessieren sich nicht oder eher wenig für die Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, 53 Prozent fühlen sich schlecht informiert – eine Fessel-Umfrage im Auftrag des Bildungsministeriums hat im vergangenen November ein unerfreuliches Bild präsentiert. Wie erreicht man auch künftig junge Menschen?

Man diskutiert mit ihnen, man besucht Mauthausen oder Auschwitz. »Doch sobald man zuhause den Fernseher anschaltet«, schreibt ein Gymnasiastin, »ist ähnliches Leid überall auf der Welt zu sehen: der Krieg im Irak, der viele das Leben kostet; Hungersnöte in Afrika, von denen besonders Kinder betroffen sind... Das aktuelle Leid geht mir näher als das, welches man nicht mehr ändern kann«. Eine andere Schülerstimme, die wir so oder so ähnlich immer wieder hören: »Ich betrachte diese Zeit wirklich als ›vergangene‹ Geschichte, die mich persönlich nichts angeht bzw. für die ich mir niemals die Schuld anhängen lassen würde«. Vor allem ein allzu ritualisiertes Gedenken erreicht die jungen Menschen nicht. Die Wochenzeitung »Die Zeit« vom 27. Jänner 2005 (dort auch die oben genannten Aussagen) zitiert einen deutschen Abiturienten, der die Nazis durchaus ablehnt: »Wenn unsere Politiker nicht bald aufhören, sich für die Taten längst verstorbener Generationen zu entschuldigen, wird Deutschland nie aus dieser Demuthaltung erwachen – oder es wird eines Tages wieder heißen: Deutschland erwache!«. »Meine Studenten«, sagt dazu ein deutscher Pädagogiklehrer, »signalisieren mir in den letzten zehn Jahren: Es ist genug, es ist zuviel.«

In seiner umstrittenen Dankrede nach der Entgegennahme des Friedenspreises des deutschen Buchhandels hatte der Schriftsteller Martin Walser im Oktober 1998 gesagt: »Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung. Was durch Ritualisierung zustande kommt, ist von der Qualität des Lippengebets«. Für Walser ist und bleibt Auschwitz die »unvergängliche Schande«. Aber, so fragt er, »könnte es sein, daß die Intellektuellen, die sie uns vorhalten, dadurch, daß sie uns die Schande vorhalten, eine Sekunde lang der Illusion verfallen, sie hätten sich, weil sie wieder im grausamen Erinnerungsdienst gearbeitet haben, ein wenig entschuldigt, seien im Augenblick sogar näher bei den Opfern als bei den Tätern?... Ich habe es nie für möglich gehalten, die Seite der Beschuldigten zu verlassen«.

Was wir hier und an einigen anderen Stellen dieser Rede registrieren können, ist eine große Ambivalenz: einerseits durchdringende Reflexion; zugleich aber Ungeduld, die in Polemik umschlägt; letztlich ein Individualismus, dessen Anthropologie heidnisch-antibiblisch anmutet. Bezeichnend dafür Walsers Satz in seiner Rede: »Wäre die Öffentlichkeit ärmer oder gewissensverrohter, wenn Dichter und Denker nicht als Gewissenswarte der Nation aufträten?«.

Wie kommt Walser dazu, jene, die sich um Erinnern und Gedenken bemühen, »Gewissenswarte« zu nennen? (Besonders böse die Analogie zu »Blockwarte«.)

Walser zählt zu jenen Intellektuellen, die nichts mehr verstehen (oder verstehen wollen) von jener »Erinnerungssolidarität«, wie sie das Deuteronomium vor 2700 Jahren als kollektive Mnemotechnik entwickelt hat. Israel hat als Erzähl- und Erinnerungsgemeinschaft jenes »kulturelle Gedächtnis« (Jan Assmann) geschaffen, das die gesamte judäo-christliche Tradition Europas mitgeprägt hat. Kernsätze wie folgende sind nicht ausgelöscht: »Hüte Dich, daß Du des Herrn vergissest, der Dich aus dem Lande Ägypten herausgeführt hat«, »Du sollst daran denken, daß Du Sklave warst im Lande Ägypten«, »Denk daran und vergiß es nicht, wie Du den Herrn, Deinen Gott, in der Wüste erzürntest!«. Was da, vor allem in der jüdischen Leidenserinnerung, fundiert wird, ist die Identität des Gottesvolkes. Indem es an die Geschichte erinnert (*zakhar*), ist es imstande, die Gebote zu halten (*shamar*).

»Erinnerungswende«? Die Frage ist heute außerordentlich vielschichtig. Es ist ja nicht nur der schiere Zeitablauf, also die Tatsache des Generationenwechsels und des Sterbens der letzten Zeitzeugen, die einen Blickwechsel unausweichlich macht. »Wenn kaum noch jemand da ist von den Tätern und den Opfern, dann besteht die Gefahr nicht mehr darin, daß Auschwitz verdrängt wird, sondern daß man hinschaut ohne Schmerz zu empfinden, ohne sich in seinem ... Menschsein wirklich verunsichern zu lassen. Hinzu kommt ... das Gefühl, mit dem richtigen Blick auf die Geschichte zu schauen« (»Die Zeit«, 27. Jänner 2005). Das von der deutschen Politik seit Jahren beschworene Wort »Normalisierung« enthält einen Unterton in diese Richtung.

»Universalisierung« des Auschwitz-Gedenkens

Was den Erinnerungswandel besonders konditioniert, ist die Veränderung des politischen Umfelds. »Auschwitz« steht heute nicht mehr nur für eine deutsche Schuld (an der viele Österreicher beteiligt waren), sondern für ein Verbrechen, in das viele Europäer als Kollaborateure verwickelt waren. Das nationale Geschichtsbeußtsein – in Österreich, aber seit einigen Jahren auch in Frankreich, Holland und Belgien, in Polen, der Slowakei, Ungarn, Rumänien usw. – kann und will sich gegen dieses Wissen nicht mehr abschirmen.

»Auschwitz is Europe's challenge«, hat Israel Singer im vergangenen Jänner in Berlin gesagt (und dabei übrigens auch der Schweiz den Vorwurf gemacht, ihre Neutralität in der Nazizeit sei ein Verbrechen gewesen: »*Swiss neutrality in the face of evil is a crime*«). Das Gedenken an Auschwitz ist heute eindeutig europäisiert. Das zeigt auch die Tatsache, daß es inzwischen in den meisten Ländern (noch nicht in Österreich) eigene Holocaust-Gedenktage gibt. Genaugenommen erleben wir sogar eine Art »Universalisierung« des Auschwitz-Gedenkens, man denke an die jüngste UNO-Sondervollversammlung zu diesem Thema – erstmals (!) nach 60 Jahren. Beim Gedenken geht es längst nicht mehr um die Sorge vor einer Wiederkehr des Nationalsozialismus, auch nicht nur um die Trauer um die Nazi-Opfer, sondern zugleich um das »Nie wieder!« zu Völkermord und den massenhaften Verletzungen der Menschenrechte und Menschenwürde weltweit.

Zur Veränderung des politischen Umfelds gehört auch die »Wiedervereinigung« Europas, deren bisher größte Etappe die EU-Osterweiterung am 1. Mai 2004 war. Damit sind Staaten Unionsmitglieder geworden, die eine andere Leidens- und Totalitarismuserfahrung haben, Staaten, in deren nationaler Geschichte ein virulenter Anti-

semitismus oft schrecklich gewütet hat, Staaten, die erst am Anfang ihrer je eigenen »Vergangenheitsbewältigung« stehen. Was kann im Zusammenhang mit dem Thema »Erinnerungswende« die Aufnahme der acht ostmitteleuropäischen Länder bedeuten?

Manche in der »alten EU« befürchten einen neuerlichen Antisemitismus-Import aus dem Osten, doch das ist wenig wahrscheinlich. Allerdings sind sich viele Neumitglieder ihrer einstigen Kollaboration mit den Nazis noch nicht hinreichend bewußt. Wir haben in Polen eine wütende Aufregung erlebt, als die »einheimische« Hauptbeteiligung beim Juden-Massaker von Jedwabne (1941) bekannt wurde. Im Baltikum, in der Ukraine und in den Balkanstaaten sind wohl noch heftige Kontroversen zu erwarten, wenn der westliche Erwartungsdruck, der Osten möge seiner bösen Vergangenheit ins Auge schauen, auf die vermeintlich vorrangige östliche Leidenserfahrung durch den Stalinismus stößt.

Was dabei stattfindet, ist jene »Opferkonkurrenz«, die als Quelle tiefer Mißverständnisse noch für viele Turbulenzen sorgen dürfte. Die einen, die auf der Singularität des Holocaust beharren, wehren sich gegen jede wirkliche oder vermeintliche Relativierung durch eine Analogisierung mit den Verbrechen des Stalinismus – und sie haben recht. Die anderen wollen ihre allzulange verkleinerte oder totgeschwiegene Leidensgeschichte zur Sprache und zur Erinnerung bringen – und sie haben gleichfalls recht. Die Europäer stehen hier vor einer Herausforderung, deren Bewältigung nur gemeinsam möglich ist und deren Ergebnis für die Zukunft des geeinten Kontinents große Bedeutung hat.

Anfang der 90er Jahre hatte der damalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors bemerkt: »Wenn es uns nicht gelingt, Europa in den nächsten zehn Jahren eine Seele, eine Spiritualität, einen geistigen Gehalt zu verschaffen, dann haben wir das Spiel verloren. Mit juristischem Geschick oder wirtschaftlichem Know-how allein ist Europa zum Scheitern verurteilt«. Heute ist gewiß klar geworden, daß auch die Europäisierung der Holocaust-Erinnerung zu diesem geistigen Gehalt zählt. Ohne dieses Bewußtsein wäre Europa zum Scheitern verurteilt.

Nichtwissen um den Stalinismus

Aber es gibt noch eine andere Seite der Nachkriegserinnerung, die dem einstigen »Westen« bis heute nicht hinreichend bewußt ist. Im vergangenen April hat dies Jorge Semprun auf einer Gedenkveranstaltung in Weimar als eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre bezeichnet: die Osterweiterung der EU werde erst dann umfassend wirksam werden, wenn auch »die Erfahrung des Gulag in unser kollektives europäisches Gedächtnis eingegliedert ist«. Dabei geht es nicht um eine Gleichsetzung der beiden Totalitarismen – es geht um das westeuropäische Nichtwissen und Nichteinfühlen in die Unterdrückungsgeschichte des Stalinismus. Solange dieser blinde Fleck in der Wahrnehmung der Nachkriegsgeschichte besteht, bleibt die Erinnerung geteilt und der Zusammenhalt des gemeinsamen Europa löchrig.

Während in Deutschland der einstige Bewertungsstreit um die Frage, ob der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung oder der katastrophalsten Niederlage war, längst überwunden ist, stellt sich beispielsweise die Situation für die drei Baltenrepubliken komplexer und ungelöst dar. Die Moskauer Gedenkfeiern am 9. Mai haben gezeigt,

daß Putin die Sowjetunion weiterhin als Befreierin des Baltikums sieht – kein einziges Wort der kritischen Reflexion. Diese Starrheit müßte alle Europäer empören, doch auch Bundeskanzler Schröder hat in Moskau mit Rücksicht auf diesen Tag der »historischen Versöhnung« und mit Rücksicht auf seinen Männerfreund Putin geschwiegen: »Wir sind die am wenigsten geeigneten Lehrmeister.« In ihrer unverständenen Wut blieben die Balten allein. Für sie steht das Jahr 1945 nur für den Wechsel von der NS- zur stalinistischen Gewaltherrschaft (auch das ist eine verkürzte Sicht).

Schon bei der Leipziger Buchmesse 2004 hatte die ehemalige lettische Außenministerin Sandra Kalniete mit ihrer Eröffnungsrede einen scharfen Protest ausgelöst. Kalniete hatte die totalitären Regime des Nazismus und des Kommunismus »gleichermaßen verbrecherisch« genannt. Empört verließ Salomon Korn, der Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, den Saal. Am nächsten Tag entschuldigte sich der Leipziger Oberbürgermeister für die lettische Politikerin. Korn wies die von Kalniete vorgenommene Gleichsetzung zurück, indem er darauf hinwies, die Juden hätten – wäre es ihnen freigestellt – allemal lieber den »roten Knüppel« erlitten als im Gas zu ersticken. Auf den ersten Blick scheint das richtig zu sein (auch wenn man die Metapher vom »Knüppel« angesichts Millionen gezielter Morde unter Stalin für allzu harmlos halten muß) – aber wollte Korn die Opfergruppen wirklich danach hierarchisieren, welche die schrecklicheren Qualen erlitten hatten?

Nein, das war und ist bei diesem sensiblen Intellektuellen nicht anzunehmen. Korn selbst hatte später klargestellt, es sei ihm bei seiner Leipziger Intervention »weder um Opferkonkurrenz noch um Opferhierarchie« gegangen. Aufgeregt habe ihn, daß Frau Kalniete die baltische Kollaboration mit den Nazis unterschlagen habe. Kalnietes Bezeichnung des roten und braunen Terrors als »*equally criminal*« klinge so, als habe die Sowjetunion »den gleichen rassistischen Ausrottungswillen« wie die Nazis gehabt. Das hatte Kalniete freilich nicht behauptet, sie wandte sich nur gegen die antifaschistische Schönfärberei, die lange Zeit bereit war, die Sünden der Sowjetunion wegen deren Verdienste im Kampf gegen Hitler-Deutschland zu rechtfertigen.

Nach Auffassung Salomon Korns sollte im Zentrum der individuellen Erinnerung und des kollektiven Gedächtnisses nicht vorrangig jenes Leid stehen, das durch eigenes Verschulden oder Verschulden des eigenen Volkes verursacht worden sei, sondern vor allem das anderen willentlich zugefügte Unrecht. Mit anderen Worten: die Balten als Nazi-Kollaborateure hätten ihr Leid unter den Sowjets zum Teil selbst verschuldet. Abgesehen davon, daß das historisch nicht richtig ist, mutet zweierlei problematisch an: erstens die Rivalität um den Titel der »unschuldigsten Opfer«, zweitens die schwierige Abgrenzung von der Kollektivschuldthese, wenn man sagt, das Verschulden des eigenen Volkes sei beim Leid auch der Unschuldigen mit zu berücksichtigen.

Der französische Historiker Francois Furet hat das aus Feindschaft und Verwandtschaft gewirkte Ineinander von Faschismus und Kommunismus gründlich untersucht und dabei – wie der umstrittene Historiker Ernst Nolte – stets betont, man könne diese Totalitarismen nur gemeinsam behandeln. Doch anders als Nolte beharrte Furet zugleich auf ihrer Differenz. Für Furet war und blieb der Holocaust der »Gipfel der Verbrechen«, die im 20. Jahrhundert aus ideologischen Motiven verübt wurden. Schon der Umstand, daß die »Auslöschung der Juden auf Männer, Frauen und Kinder

zielt, allein auf Grund der Tatsache, daß sie als Juden geboren waren«, unterscheidet den Holocaust von »anderen politischen Verkörperungen des Bösen« – seien es Stalins Massaker an den Kulaken, die Liquidierung der polnischen Elite in Katyn, die Schrecken der chinesischen Kulturrevolution oder die Gemetzel der Roten Khmer.

Dan Diner glaubt heute, Jahrzehnte nach den Menschheitsverbrechen der zwei Totalitarismen, eine »Anthropologisierung des menschlichen Leids« konstatieren zu können. Nach Auffassung des israelischen Historikers (der auch in Leipzig lehrt) lösen sich die verschiedenen Opfergeschichten in eine einzige Passionsgeschichte des 20. Jahrhunderts auf. Dafür gibt es Anzeichen. Dennoch wird die Singularität des Holocaust als des – religiös ausgedrückt – Versuchs, Gottes Schöpfung zu verhöhnern, auch in Zukunft erkannt werden. Freilich ist es verständlich, wenn sich Salomon Korn gegen alle vermeintlichen Relativierungstendenzen wehrt – und manche dieser Tendenzen sind ja, gewollt oder ungewollt, nicht gleich ersichtlich. So empörte sich Korn, daß der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder die Präsentation der Flick-Collection in Berlin 2004 quasi zum Staatsakt machte, wo doch der Reichtum, der die Kunstsammlung des Enkels ermöglicht hatte, auf der Zwangsarbeiter-Ausbeutung des Hitler-Finanziers Friedrich Flick beruhte – »Blutgeld« rief Korn laut.

Islamismus und neuer Antisemitismus

Es gibt noch weitere Entwicklungen, die das politisch-gesellschaftliche Umfeld in Europa (und mit ihm die Holocaust-Erinnerung) verändern dürften: das ist zum einen das Einsickern islamistischer Einstellungen in die wachsende Gruppe der mehr als 15 Millionen Moslems in Europa. Antijüdische Klischeebilder werden von vielen Immigranten nach Europa (re-)importiert. Ferner fiel schon nach den Terroranschlägen vom 11. September auf, daß antijüdische Verschwörungstheorien, so absurd sie waren, als Erklärung für das New Yorker Attentat bei nicht wenigen Europäern ein merkwürdiges Interesse fanden.

Dann kam der Irakkrieg. Daß er auf europäische Proteste stieß, war nachvollziehbar. Doch erstaunlich war das Ausmaß des flammenden Antiamerikanismus. Dazu gesellte sich im vergangenen Jahr jene umstrittene EU-Umfrage, derzufolge die meisten Europäer Israel als die Hauptgefahr für den Weltfrieden ansehen. Die EU distanzierte sich von diesem Eurobarometer, die Fragen seien nicht sorgfältig ausgearbeitet worden. Schließlich hatte im April 2004 die in Wien ansässige EU-Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) in einem zunächst geheimgehaltenen Zweijahresbericht über eine beträchtliche Zunahme antisemitischer Vorfälle in der EU berichten müssen – viele Urheber von ihnen junge Muslime.

Der neue Antisemitismus in Europa erscheint als Mischung aus »klassischem« Judenhaß, linker pro-palästinensischer Parteinahme und arabisch-nationalistischem Islamismus. Für viele Vertreter dieser Richtung ist Israel per se ein »rassistischer«, »kolonialistischer« Staat. Schon 1961 hatte Franz Fanon in seinem Buch »Die Verdammten dieser Erde« die universalen westlichen Werte der Aufklärung und des Humanismus mit dem Rassismus identifiziert, weil diese Werte nur als ideologisches Unterdrückungsinstrument westlicher Kolonialisten dienten. Heute geraten »antiimperialistische« Strömungen (mitunter auch innerhalb der Globalisierungskritiker von »Attac«) in eine fast unheimliche Übereinstimmung mit Rechtsextremisten.

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 27. Februar 2004 hat Thomas Schmid auf folgendes Phänomen aufmerksam gemacht: »Der alte Antisemitismus, der in Europa ausgebrütet und gehegt worden war, hatte den Juden als Heimatlosen, als Wurzellosen, als Kosmopoliten zum Feindbild. Der neue Antisemitismus hat diese Haltung zwar insofern auch in sich aufgenommen, als er die Juden für allgegenwärtig (und doch nicht greifbar) hält; doch er richtet sich zusätzlich, ja hauptsächlich gegen Juden, die ihren Ort gefunden haben und an diesem Ort stark sind. Er richtet sich gegen den Staat Israel. Mit der unausweichlichen Historisierung des Nationalsozialismus, gegen die sich die liberale Intelligenz so lange gewehrt hat, könnte in europäischen Augen das Existenzrecht Israels an Selbstverständlichkeit verlieren«.

Das europäische Panorama ändert sich. Zwar ist auf der einen Seite, wie schon erwähnt, die Erinnerung an die Schoah tatsächlich ein Kernelement der geschichtsbeußten europäischen Zivilisation geworden; ein französischer Intellektueller wie Bernard-Henri Levy zog nach den 60-Jahre-Gedenkfeiern in Auschwitz den Schluß »Die Schlacht des Erinnerns ist gewonnen«. Doch auf der anderen Seite empfinden manche Juden Europa heute nicht mehr als historischen Fortschritt, mit dem der Nationalstaat überwunden wird, sondern sie sehen die Gefahr einer möglichen Rückkehr in die 30er Jahre. Das klingt überzogen, fast absurd. Doch die Erinnerungswende, in der wir stecken (ohne das Ergebnis schon kennen zu können), hat viele Facetten.

2004 ist etwa der deutsch-israelische Historiker Michael Wolffsohn heftig attackiert worden – unter anderem vom Berliner Verteidigungsminister Struck –, weil er es gewagt hatte, laut über die Möglichkeit der Folter in einem staatsexistentiellen Krisenfall nachzugrübeln. Solche (zweifellos problematischen) Erwägungen hatten auch andere angestellt, doch nur er sei – als Jude – angegriffen worden. »Nie wieder Täter«, sagen – Wolffsohn zufolge – die Deutschen (und lehnen daher, verständlicherweise, Gewalt als Mittel der Politik ab). »Nie wieder Opfer«, laute dagegen die Lehre der Juden aus der Geschichte. Diese Differenz sei in Deutschland immer wieder spürbar.

Professor Wolffsohn sieht eine Gefahr darin, daß viele Europäer es mißbilligen, wenn Israelis und Diasporajuden in den USA ihren einzigen letztlich verlässlichen Partner erblicken. Auch so würden »die Juden« in den Augen nicht weniger zu einer Art Fremdkörper in Europa. Und tatsächlich, wenn knapp vor dem Irakkrieg 63 Prozent der Deutschen Präsident Bush für eine größere Gefahr für den Weltfrieden gehalten haben als Saddam Hussein: was bedeutet das für das Verhältnis zu den Juden, die zu Bush halten?

Vielleicht werden wir das rascher erfahren als uns lieb ist. Ein Iran, der eines nicht allzu fernen Tages mit Atombomben und Raketen Israel und Europa erreichen könnte, ist für alle unerträglich. Europa will Teheran in Verhandlungen zur Umkehr bringen, Bush will die EU fürs erste – freilich skeptisch – ihre Diplomatie einmal anwenden lassen. Was aber, wenn Iran nicht einlenkt? Wird Europa dann den Kopf einziehen und passiv zusehen, wie die USA (und Israel) militärisch eingreifen? Droht dann eine weit tiefere Spaltung der EU als in der Irakkrise? Wird Europa um des (Schein)Friedens willen im Fall X Israel preisgeben – ein Land, das keinen einzigen Atomschlag überleben könnte? Der Fall Iran könnte zum Lackmустest für Europa werden. Wenn man an ein solches Szenario denkt, findet man Bernard-Henri Levys Optimismus »Die Schlacht des Erinnerns ist gewonnen« zumindest voreilig.

Österreichs verdrängtes Schuldbewußtsein

Wie steht es mit Deutschland? Wie mit Österreich? Die einen betrachten sich, mit kaum verborgenem Stolz, als (späte) Weltmeister der Vergangenheitsbewältigung. Die anderen haben auch heute diesen Ehrgeiz nicht entwickelt. Nach einer Umfrage, die das American Jewish Committee im März und April 2005 in den USA und sechs europäischen Staaten durchführen ließ, halten 54 Prozent der Österreicher einen neuen Holocaust für möglich und 40 Prozent denken, daß das »eher unwahrscheinlich« ist. Überall sonst hält man einen neuen Versuch, die Juden auszurotten, für weniger wahrscheinlich: USA 41 Prozent, Polen und Schweden 40, Großbritannien 36, Deutschland 32 und Frankreich 19 Prozent.

Wie lebendig kann die Holocaust-Erinnerung bleiben, wenn die am Anfang erwähnten drei Hauptfaktoren zunehmend stärker werden: die Historisierung (als Folge des Generationenwechsels und des Todes der letzten Zeitzeugen), die Relativierung (infolge der neu herausgestellten Opfergruppen) sowie die feindseligen Umcodierungen (durch Antisemitismus und Ausländerhaß)?

In seinem 2001 erschienenen Buch »Ins unentdeckte Österreich« schreibt der in Salzburg lebende Schriftsteller Karl-Markus Gauß, Sohn vertriebener Donauschwaben: »Es stimmt schon, ›Österreich‹, wie es nach 1945 selbst von denen inthronisiert wurde, die es vorher ausgiebig verraten hatten, war auch eine Ausrede, eine Zauberformel, der die Kraft eignete, jede Verstrickung zu lösen und alle Schuld zu tilgen. Die umfassende Verösterlicherung des Alltags war geborgen in einem Staat, der Österreich so erfolgreich als unschuldiges Opfer des Dritten Reiches präsentierte, daß es nach den ausländischen Politikern auch jene Inländer glaubten, die kräftig mitgehalten hatten. Dieser staatskluge Opportunismus war es, der es später mir und vielen anderen so schwer machte, gerade in der Kritik ihr eigenes Bild Österreichs zu entwerfen, in dem sie sich hätten erkennen wollen. Da wir jedoch erkannt hatten, wie vieles in Österreich vertuscht wurde, identifizierten wir stattdessen Österreich selbst mit der Vertuschung... Alles an Österreich schien ihnen irgendwie mißraten, und was nicht mißraten war, konnte nichts mit Österreich zu tun haben. Was in Österreich geschah, war folglich entweder österreichisch, also provinziell und verlogen, oder nicht verlogen und nicht provinziell, also nicht österreichisch. Dieser fatale Mechanismus hat mich, hat viele andere lange gehindert, all das, was in der Geschichte unseres Landes an Widerständigem, Subversivem, Unangepaßtem wirkte – und freilich oft vergessen, unterdrückt wurde – einem Österreich gutzuschreiben, das es doch gab und das zu entdecken unsere Aufgabe gewesen wäre«.

Vor 20 Jahren hätte noch kein österreichischer Linksintellektueller so schreiben wollen. Die Beendigung des langen Schweigens in Österreich durch die Waldheim-Affäre von 1986 hat eine Sturzflut von Reflexion und Erinnerung ausgelöst. Und dies wiederum machte es der Politik leichter, längst überfällige Taten zu setzen: die schrittweise Anerkennung der moralischen Mitverantwortung Österreichs, beginnend mit den Reden von Bundeskanzler Vranitzky 1991/1993; die Bildung des Nationalfonds 1995 zur Lösung offener Entschädigungsfragen; die unter internationalem Druck erfolgte Einrichtung der Historikerkommission 1998 (die erstmals »amtlich« die ungenügende Auseinandersetzung Österreichs mit der NS-Zeit kritisierte); die

Fondslösungen für die Zwangsarbeiterfrage sowie für offengebliebene Restitutionsprobleme. Dazu kommen die vielen anderen Erinnerungsbemühungen, sei es in der Literatur, im Schulunterricht, bei Gedenkfeiern, durch Ausstellungen oder mit Mahnmalen.

Vergangenheit kann man, genau genommen, nicht »bewältigen«; Geschichtsbeachtung ist immer auch ein interessegeleitetes Bemühen der Gegenwart. Dennoch sollte man das in den vergangenen 20 Jahren Geschehene nicht klein reden – zum einen, weil noch nicht alles geschehen ist, zum anderen weil wir, je genauer wir das Gelernte erkennen, es umso besser den Künftigen mitgeben können. Im übrigen ist der Gerechtigkeit halber anzumerken: natürlich gab es schon nach Kriegsende und in den folgenden Jahrzehnten in Österreich Erinnerungs- und Entschädigungsbemühungen – aber oft halbherzig, selektiv und meist nur als Sache weniger Personen.

Auch heute sind noch nicht alle materiellen und historisch-moralischen Probleme gelöst. Noch gibt es Rückzugsgefechte jener Vertreter, die entweder die Opferrolle Österreichs nicht ersetzt wissen wollen durch die Sicht »unversöhnlicher Impresarios eines hysterischen historischen Moralismus« (der verstorbene Ökonom Egon Matzner) oder die gar – wegen der vermeintlichen »Irrtümer der Gedenkpolitik« – ein Plädoyer für das Vergessen halten (hier ist vor allem Rudolf Burger zu nennen). Noch sind viele Österreicher nicht bereit, der ganzen Wahrheit über die NS-Verstrickung ins Auge zu sehen. Doch der Kampf um das volle, so lange verweigerte Gedächtnis ist entschieden.

Günter Bischof, einer jener oft pauschal als »links« angegriffenen Zeithistoriker, konstatierte 2001 sogar einen »unerwarteten Triumph der »gnadenlos Guten«« (womit er ein Spottwort der Diplomatin Gabriele Holzer aufgriff). Bischof sprach in einer Buchrezension (in der Zeitschrift »zeitgeschichte 6«) von einer »erstaunlichen Absage an die »großkoalitionären« Geschichtsbilder«, wenn er aus der Deklaration der ÖVP-FPÖ-Regierung vom 3. Februar 2000 zustimmend zitierte: »Österreich stellt sich seiner Verantwortung aus der verhängnisvollen Geschichte des 20. Jahrhunderts und den ungeheuerlichen Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes: Unser Land nimmt die hellen und dunklen Seiten seiner Vergangenheit und die Taten aller Österreicher, gute wie böse, als seine Verantwortung an... Die Bundesregierung bekennt sich zur kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Sie wird für vorbehaltlose Aufklärung, Freilegung der Strukturen des Unrechts und Weitergabe dieses Wissens an nachkommende Generationen als Mahnung für die Zukunft sorgen«. – Derartige Regierungsformulierungen wären noch zehn Jahre früher kaum denkbar gewesen.

Am 8. Mai 1985 hatte der damalige deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum Gedenken an das Kriegsende und die Verbrechen der Nazizeit Worte gefunden, die bei der Lektüre auch heute beeindrucken. Was war das Geheimnis der Rede? Ihr eingeschriebenes Motiv war das jüdische Weisheitswort »Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung«. Weizsäcker hatte versucht, mit höchstem Bemühen um Gerechtigkeit und Empathie der ganzen Wahrheit ins Auge zu sehen. Die »ganze Wahrheit« hat auch Weizsäcker nicht finden können. Entscheidend war sein Bemühen darum, die Absage an Verschweigung und Verdrängung. Und genau das wirkte – 40 Jahre nach Kriegsende – befreiend.

Karl Renners Opportunismus

Wenn wir Österreichs heutige Bereitschaft betrachten, sich zu erinnern, um sich von der Last der einstigen Verdrängung zu befreien, dann sollte man festhalten, wie es 1945 begonnen hatte. Der in New Orleans lehrende österreichische Zeithistoriker Günter Bischof vertritt die These, daß Staatskanzler Karl Renner schon in der Unabhängigkeitserklärung der neuen Republik Österreich vom 27. April 1945 alle Elemente der Nachkriegs-Opferideologie konstruiert habe. Bischof spricht scharf von einer Geschichtsklitterung des Opportunisten Renner. (Bischofs Analyse findet sich in dem von Dieter Stiefel herausgegebenen Sammelband »Die politische Ökonomie des Holocaust«, Oldenburg 2001, S. 305 ff.)

Es ist heute unbestritten, daß Stalin den alten und altmarxistisch geprägten Staatskanzler Renner benützen zu können glaubte für die geplante Umwandlung Österreichs, zumindest des sowjetisch besetzten Ostens, in eine »Volksdemokratie«. Doch es war Renner, der Stalin austrickste und Österreichs Wiedergeburt als Demokratie und in der Einheit aller neun Bundesländer ermöglichte. Umstritten ist dagegen Renners Geschichtsinterpretation vom 27. April 1945. Renner habe sich zwar – meint Günter Bischof – auf die Moskauer Deklaration der Alliierten von 1943 (»Österreich als erstes Opfer der Hitler-Aggression«) stützen können, doch er habe diese Deklaration (so wie dies auch die anderen Parteien taten) zum Zwecke instrumentalisiert, die Mitschuld von Österreichern zu externalisieren, d. h. auf Hitler-Deutschland abzuschieben, das wiedererstandene Österreich scharf von Deutschland abzugrenzen (das entsprach den Interessen der Alliierten) und Österreich auf diese Weise möglichst von Reparations- und Wiedergutmachungsleistungen freizuhalten.

Renners Text der Unabhängigkeitserklärung »strotzt« – in den Worten Bischofs – von Halb- und Unwahrheiten, die damit zum Ausgangspunkt der österreichischen Geschichtslügen geworden seien. So heiße es in der Proklamation vom 27. April 1945, Hitlers Annexion habe das Volk Österreichs macht- und willenlos gemacht, es in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt, den kein Österreicher jemals gewollt habe usw. Renner – so Günter Bischof – widme kein Wort der ihm durchaus bekannten Kollaboration vieler Ostmärker mit Nazi-Deutschland, es gebe kein Wort zum Widerstand, kein Wort zu der erstaunlichen Durchhaltementalität in den Donau- und Alpengauen bis in die letzten Kriegstage, kein Wort zu der Beteiligung von Österreichern an Euthanasie, Ausbeutung von Zwangsarbeitern, am Holocaust und an den »Endzeitverbrechen« (Todesmärsche), kein Wort zu der (durchaus bekannten) Beteiligung vieler Soldaten an Verbrechen der Wehrmacht, im Gegenteil: Renner habe alle österreichischen Soldaten als Opfer hingestellt.

Bliebe es nur bei einer solchen Darstellung (was auch Bischofs Sache nicht ist), würde sie Renners historischen Verdiensten um die Wiederbegründung der Zweiten Republik gewiß nicht gerecht werden. Renner hatte opportunistische Züge, doch er war zweifelsfrei Demokrat. Dennoch erscheint es als legitim, die von heute aus gesehen fast unverständlichen Defizite in der Erklärung vom 27. April 1945 klar (freilich nicht hypermoralisch) zu benennen.

Dabei hatte das Faktum des beginnenden »Kalten Krieges« Renners Geschichtsdeutung begünstigt. Denn ab 1948 ging es vor allem um die Eindämmung des Kommunismus. Die Ablösung des Feindbildes brauner Faschismus durch das des »roten

Faschismus« lief parallel zur Amnestierungswelle für die »Mitläufer«. Der Historiker Dieter Stiefel geht sogar so weit, zu formulieren: »...die politische Basis der Zweiten Republik war nicht der Anti-Faschismus oder Anti-Nationalsozialismus, (sondern) ... der Anti-Kommunismus... Mit dem Kalten Krieg wurden die ehemaligen Nationalsozialist/inn/en nicht nur wieder gesellschaftlich und politisch integriert, sondern sie sahen sich in ihren politischen Zielen auch noch bestätigt, war doch der Kampf gegen den Bolschewismus eines der vorrangigen Ziele des sog. Dritten Reiches gewesen. Mit dem Kalten Krieg wechselten die ehemaligen Nationalsozialist/inn/en von der politische Säuberung hinein in das Lager der Sieger, der westlichen Alliierten. Auf der Basis des Anti-Kommunismus konnten sich in Österreich so gut wie alle politischen Gruppierungen treffen, mit Ausnahme der KPÖ«. Der Anti-Kommunismus hat also beigetragen zum »Schweigen der fünfziger Jahre« und zu einer Quasi-Bestätigung der ehemaligen Nazis (Stiefels Beitrag findet sich im Sammelband »Entnazifizierung im regionalen Vergleich«, Linz 2004).

Was können wir aus diesem Rückblick lernen? Erstens, wie zeitbedingt die Erinnerungsfähigkeit und -bereitschaft erscheint, zweitens, wie sehr es darauf ankommt, als Verantwortlicher den richtigen, wegweisenden Ton zu setzen, drittens, daß Verschweigen und Verdrängen nur eine Scheinruhe verschaffen, den nachfolgenden Generationen aber oft die Möglichkeit nehmen, zu integralen Persönlichkeiten zu werden. Für die Zeit bis in die 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts stellt die deutsche Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan fest: »Daß die Elterngeneration die Kraft zur Ehrlichkeit nicht aufbrachte, hat sich fatal ausgewirkt. Denn die Kinder, die von ihren Eltern Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit erwarteten, erlebten diese stattdessen über weite Strecken als Heuchler«.

In ihrem berühmten Buch »Die Unfähigkeit zu trauern« haben Alexander und Margarete Mitscherlich 1970 – der Theorie Sigmund Freuds folgend – geschrieben, die Deutschen hätten nach 1945 eine Auseinandersetzung mit ihrer Schuld nicht gewagt. Denn die Bewußtmachung, daß ihr Ich-Ideal Hitler sie betrogen hatte, wäre eine narzißtische Kränkung gewesen, die die Deutschen in eine Depression gestürzt hätte. Um dem zu entgehen, hätten die Deutschen ihre Schuld nicht verarbeitet bzw. die damit zusammenhängenden Wirklichkeitserfahrungen verleugnet.

Anders der Philosoph Hermann Lübbe 1983 in einer vieldiskutierten Rede im Berliner Reichstagsgebäude. Für ihn hat es nach 1945 keine Verdrängung der Nazizeit im engeren Sinn gegeben: die NS-Ideologie sei ja völlig diskreditiert gewesen, die Verbrechen wären offen zutage gelegen. Vielmehr habe sich im »kommunikativen Beschweigen« brauner Biographieanteile die Verwandlung der Bevölkerung in Bürger der neuen Republik vollzogen. Da die Mehrheit der Deutschen Anhänger oder Mitläufer des Nationalsozialismus gewesen sei, habe nur diese Stille als »sozialpsychologisch und politisch notwendiges Mittel der Verwandlung« die Integration in die neue Demokratie ermöglicht – und das sei gelungen. Im Gegensatz zu Lübbe konstatierte allerdings Hannah Arendt noch Anfang der 60er Jahre bei den meisten Deutschen eine Kontinuität der Verlogenheit und Selbsttäuschung. Aus Lübbes »heil-samem« Beschweigen sei nur ein neuer Konformismus entstanden.

In diesem Beitrag geht es nicht um die Frage, wie es geschehen konnte, daß ein Kulturvolk sich vom Wahn eines Führers barbarisieren ließ und dieser Barbarisierung noch aus eigenem entgegenzukommen bereit war. Daniel Jonah Goldhagens These vom »eliminatorschen Antisemitismus«, der fast alle Deutschen (und nur sie) erfaßt

habe, konnte in der Diskussion bisher nicht überzeugen (»Hitlers willige Vollstrecker« 1996). Was hier interessiert, ist die Frage nach der sich heute abzeichnenden europäischen Erinnerungswende. Und in diesem Zusammenhang verdient Gesine Schwans Buch *»Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens«* (1997) noch einige Bemerkungen.

Es sei eine naive und falsche Hoffnung, daß sich unverarbeitete Schuld mit der Zeit – gewissermaßen biologisch – von selbst »auswachse«. Im Gegenteil, nicht-verarbeitete Schuld sei für die politische Kultur einer Demokratie zerstörerisch. Natürlich vererbe sich moralische Schuld nicht, schreibt Schwan und zitiert den Propheten Ezechiel: »Wer sündigt, der soll sterben. Aber der Sohn soll nicht die Schuld des Vaters tragen« (Ez 18, 20). Dennoch würden die psychischen und moralischen Folgen des Beschweigens der Schuld noch die folgenden Generationen und den Grundkonsens einer Demokratie beschädigen.

»Zukunft braucht Herkunft«, hat der Philosoph Odo Marquard einmal formuliert. Wenn unsere Zukunftsfähigkeit von der so aufrichtigen wie umfassenden Reflexion unserer Vergangenheit abhängt, dann bleibt für Österreich noch manches zu wünschen übrig. Drei Beispiele. Als die großen Parteien im Februar 2004 des Bürgerkriegs vor 70 Jahren gedachten, war auf allen Seiten eine größere Bereitschaft als bisher zur Differenzierung erkennbar. Nun ist die ÖVP sicherlich nicht einfach die Nachfolgepartei der Christlichsozialen, sondern eine Neugründung von 1945. Doch andererseits sind manche mentalitäts- und ideengeschichtlichen Kontinuitätslinien im »bürgerlichen Lager« schwer zu bestreiten. Und genau wegen des Restbestands dieses Lagerbewußtseins fällt es beiden Seiten, vor allem der Volkspartei, immer noch schwer, die Ursachen für den Untergang der demokratischen Einstellung im getrennten Abwehrkampf gegen Hitler vor 1938 schonungslos zu erforschen – Betonung auf »schonungslos«.

Dreimal politische »Säuberung«

Der Zeithistoriker Dieter Stiefel macht zurecht darauf aufmerksam, daß man bei der künftigen Erforschung der Entnazifizierung in Österreich das Spiegelbild der vorangegangenen Nazifizierung nicht ausblenden dürfe (Nazifizierung als »Gleichschaltung« bzw. »Entjudung« nach dem »Anschluß« von 1938). »Aber damit nicht genug«, schreibt Stiefel in dem oben erwähnten Beitrag. Die Entnazifizierung sei ja die dritte politische Säuberung in Österreich innerhalb eines Dutzend Jahre gewesen. »Der Ständestaat war ein Pionier der politischen Verfolgung in Österreich. In der jüngeren Geschichte hatte er kaum ein Vorbild. Vielleicht spielt schon der Erste Weltkrieg eine gewisse Rolle, aber sonst müssen wir wohl bis zum Metternichsystem zurückgehen, um auch nur ähnliche staatliche Unterdrückungsmaßnahmen zu erkennen. Zusätzlich erfolgte die politische Verfolgung in einem christlichen Ständestaat und wenn man nicht auf die Inquisition zurückgreifen will, so war doch ein Verfolgungssystem unter christlichen Vorzeichen eine sehr eigenartige Konstruktion für das 20. Jahrhundert. Wenn daher der Ständestaat ein Vorbild hatte, so konnte es nur der Nationalsozialismus selbst sein, also gerade das politische System, das er grundsätzlich bekämpfen und verhindern wollte.« Eine entsprechende (Selbst)Erforschung ist noch zu leisten.

Zweites Beispiel: Für die Nationalratswahlen 1949 war den belasteten Altnazis wieder das Stimmrecht gegeben worden. Im Wettlauf um diese Stimmen hatte sich vor allem die SPÖ mit »braunen Flecken« angepatzt, was jahrzehntelang halb verschwiegen wurde, halb tabuisiert war. Erst jetzt haben die Sozialdemokraten (mit manchmal hörbar knirschenden Zähnen) begonnen, ihre damals ziemlich schamlose Parteiaufnahme von zum Teil hohen Ex-Nazis aufzuklären. Auch die Volkspartei hat hier noch einen Nachholbedarf zu erfüllen.

Als dritten Beispielsbereich möchte ich die vergangenheitspolitischen Bemühungen Österreichs nennen, die ergänzungsbedürftig erscheinen. Zum Beispiel sollte man einen nationalen Gedenktag an die Schoah auch in Österreich einführen; das muss keineswegs zu einer sterilen Ritualisierung führen. Wäre nicht längst eine generelle Aufhebung aller NS-Militärgerichtsurteile gegen Deserteure, wie dies Bundespräsident Fischer zu Jahresanfang (nach dem deutschem Beispiel von 2002) angeregt hatte, überfällig? Warum sollte es nicht möglich sein, Kasernen umzubenennen, z. B. nach der Wehrmachts-Feldwebel und Judenretter Anton Schmidt? Schließlich wird Österreich nicht um ein eigenes Holocaust-»Museum« (so schrecklich das Wort »Museum« klingt) herumkommen; die geplante Wiener Gedenkstätte für die 60.000 Deportierten auf dem abgelegenen Areal des einstigen Aspeng-Bahnhofs kann kein Ersatz dafür sein.

Lethe – Rudolf Burgers untaugliches Heilmittel

Aber – fragt Rudolf Burger – schützt die Erinnerung an das Böse wirklich vor dessen Wiederholung? Der Wiener Philosoph Burger hat sich mehrfach als vehementer Gegner kollektiver Erinnerungsübungen präsentiert. Er glaubt nicht, daß die Erinnerung an »Auschwitz« ein wirksamer Impfstoff gegen das Böse sei. Dabei beruft er sich auf die Geschichte. Viele Friedensschlüsse oder Gesetze hätten »Amnestien« enthalten, d. h. in der ursprünglichen Bedeutung: Nicht-Erinnerungs-Gebote, um so Rache oder die Repetition des Bösen hintanzuhalten – von der Attischen Amnestie 403 v. Chr. über das Edikt von Nantes, den Westfälischen Frieden bis zu einem Gesetz Ludwigs XVIII. Die Erinnerung an das Böse »fördert allenfalls den Rollenwechsel von Opfern zu Tätern«, meint Burger. Doch für die Beispiele, die er gibt, gilt sein eigener Satz: »Die Geschichte rechtfertigt, was immer man will. Sie lehrt schlechterdings nichts, denn es gibt nichts, was sich mit ihr nicht belegen ließe«. Auch das schreibt Burger in seinem 2004 erschienen Essay »Kleine Geschichte der Vergangenheit«.

»Der mnemopathische Bann«, so Burger, »lastet heute auf den Völkern Europas wie ein biblischer Fluch: ›Du sollst niemals vergessen!... Damit bleiben aber die Geister lebendig«. Burger wehrt sich nicht gegen das pietätvolle Gedenken an die Opfer, sondern er lehnt die aktive Erinnerungsproduktion ab, die schlimmstenfalls sogar zum Sujet der Unterhaltungsindustrie werde. »In Gestalt des ritualisierten ›Holocaust-Gedenkens‹ wurde es ein affirmatives Element deutsch-jüdischer Folklore, bei dem sich niemand mehr etwas denkt – und damit zu einem idealen Steinbruch für ›Kulturschaffende‹; ein Zeichen gelungener ›Aufarbeitung‹, wenn man so will.«

Abgesehen von Burgers provokant-beleidigendem Tonfall enthüllt der Philosoph Denkfehler und Kenntnismängel, über die der Glanz seines intellektuellen Glasperlenspiels nicht hinwegtäuschen kann. Ja, es gibt in Geschichtsdokumenten viele

Nicht-Erinnerungs-Gebote, wie sie Burger zitiert. Doch weder hat ihre staats- bzw. völkerrechtliche Qualität etwas mit der Bemühung zu tun, Auschwitz und das, was dazu führte, nicht zu vergessen, noch sind die ins Verschweigen verbannten Verbrechen von einst mit der Singularität des Holocaust zu vergleichen, noch haben die zitierten Nicht-Erinnerungs-Gebote in Edikten oder Verträgen im Sinne Burgers geholfen. Auch Gesine Schwans Studie widerlegt ihn.

An einer Stelle schreibt Burger: »Was wäre den Völkern am Balkan nicht alles erspart geblieben, hätten die Serben die Schlacht auf dem Amselfeld irgendwann einmal vergessen...« Damit wiederholt Burger ein plausibel klingendes Zitat des Alt-historikers Christian Meier, ohne den Kernpunkt zu treffen. Denn die Lieder und Sagen über die für die Serben katastrophale Schlacht von 1389 hatten ihnen in den Jahrhunderten der osmanischen Fremdherrschaft geholfen, sich als Erzählens- und Leidensgemeinschaft zu behaupten – mit dem demagogisch-mörderischen Mißbrauch der Amselfeld-Erinnerung durch Milošević 1989 hat das nichts zu tun. Im übrigen ist, wie zu Anfang erwähnt, Gottes Gebot »Du sollst nicht vergessen, erinnere dich!« die Garantie für die Überlebensfähigkeit des jüdischen Volkes gewesen – niemals war diese zentrale Mahnung des Pentateuch (das Wort »zakhar« kommt 169mal vor) ein »biblischer Fluch«, ganz im Gegenteil.

Burger glaubt, daß das Vergessen schlimmer Geschehnisse der bessere Rat auf dieser Welt wäre. »Lethe ist ein Heilmittel«, schreibt er. Doch Harald Weinrich, dessen grundlegende Studie »Lethe. Kunst und Kritik des Vergessens« (1997) Burger an keiner Stelle erwähnt, sieht die Dinge ganz anders: »Tatsächlich hat das philosophische Denken Europas, den Griechen folgend, die Wahrheit viele Jahrhunderte lang auf der Seite des Gedächtnisses und der Erinnerung gesucht und erst in der Neuzeit mehr oder weniger zaghaft den Versuch gemacht, auch dem Vergessen eine gewisse Wahrheit zuzubilligen«. Diese neuzeitliche Wahrheit aber ist »veloziferisch« (um eine Wortschöpfung Goethes zu gebrauchen), und dieser Beschleunigung der Erfahrung entspricht eine beispiellose Akzeleration des Vergessens, beginnend mit dem Vergangenheitshaß der französischen Revolutionäre. Die Bücherverbrennung der Nazis von 1933 war das unauslöschliche Fanal einer verbrecherischen »damnatio memoriae«. Es ist schwer zu leugnen, daß die Entwicklung heute – in anderen Formen – dabei ist, das gesellschaftliche Gedächtnis subkutan auszuhöhlen. Und eben wegen dieser mächtigen Unterströmung in der modernen Gesellschaft gibt es die oft verzweifelt anmutenden Bemühungen, die anamnetische Kultur, die Europa konstituiert, lebendig zu halten. Wird das gelingen?

Manfred Osten weist in seinem Essay »Das geraubte Gedächtnis. Digitale Systeme und die Zerstörung der Erinnerungskultur« (2004) darauf hin, daß die »Gutenberg-Galaxis« zwar immer mehr Bücher produziere, doch wer lese sie noch? Immer häufiger werde das Gedächtnis an den Computer oder die Datenbank delegiert. Die gedächtnisneutralen Bereiche von Technik und Naturwissenschaften suggerierten den Gewinn von Zukunftskompetenz, wenn man nur den »Ballast« der Erinnerung abwerfe. Und in der Tat, jeder kann heute einen rapiden Verlust des ikonographischen Gedächtnisses antiker, christlicher und klassischer Traditionen feststellen. Das Kurzzeitgedächtnis triumphiert. »Die kulturellen Implikationen dieser Tatsache sind bisher noch gar nicht erkannt worden. Vermutlich läuft das Ganze darauf hinaus, daß wir uns immer mehr immer weniger lange merken können« (Hans Magnus Enzensberger).

In »Faust, 2. Teil« – bemerkt Manfred Osten – dient »Mephisto Faust bereits alle Instrumente einer gedächtnislosen zukunftsorientierten Beschleunigung an. Den schnellen Mantel, den schnellen Degen, das schnelle Geld, die schnelle Liebe benutzt Mephisto, um im Sinne einer modernen Informations- und Medien-Gesellschaft für Faust ein Pandämonium sich ständig beschleunigender Event- und Ereignissequenzen zu inszenieren mit dem Ziel, jedes Erinnern als Störung erscheinen zu lassen«. Osten mustert in seinem reichhaltigen Text viele Phänomene der offenkundigen und der unterschweligen Vergessensströmungen unserer Tage, bis hin zur (nahen) Utopie einer Neurotechnik mittels Vergessenspillen. Die politisch-nationalen Verdrängungsprozesse, die wir in Europa seit dem 19. Jahrhundert wahrnehmen können, habe Nietzsche schon 1886 hellseherisch beschrieben: »Das habe ich getan«, sagt mein Gedächtnis. »Das kann ich nicht getan haben«, sagt mein Stolz und bleibt unerbittlich. Endlich gibt mein Gedächtnis nach.«

Warnungen vor der »Selbsterlösung«

Wer schützt uns vor dem Unheil von Stolz und Hybris? Es ist die Religion, die jüdische und die christliche, die uns eindringlich vor der Versuchung zur Selbsterlösung warnt. Hier sei noch kurz der Lernprozeß der katholischen Kirche seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil angesprochen. Der in vielen Jahrhunderten tief eingewurzelte Antijudaismus im Christentum war (in den Worten des verstorbenen Kardinals Franz König) die Mitursache einer Entwicklung, die zu Auschwitz geführt hat. In der Konzilserklärung »Nostra Aetate« vom 28. Oktober 1965 hat die Kirche erstmals die Kraft gefunden, die pauschale Schuldzuweisung für Jesu Tod an die Juden zurückzuweisen. Viele Dokumente und Gesten folgten dieser millenarischen Weichenstellung. Ihre Wirkungen stehen erst am Anfang. Der Besuch des verstorbenen Papstes Johannes Paul II. in der Großen Synagoge in Rom (1986), seine umfassende Vergebungsbitte an das jüdische Volk im März 2000, sein Besuch an der Klagemauer in Jerusalem und vieles mehr machen sein bahnbrechendes Engagement unvergeßlich. Es ist auch von jüdischer Seite eindringlich in der Überzeugung gewürdigt worden, daß sein Nachfolger Benedikt XVI. (Joseph Ratzinger) diesem Weg folgen wird.

Einer der wichtigsten Mitstreiter von Johannes Paul II. war der frühere Pariser Kardinal Aaron Jean-Marie Lustiger. Sein Buch »Die Verheißung« (2002) enthält erschütternde Meditationen über das Geheimnis Israels. Lustiger hatte den Text 1979 verfasst, aber erst jetzt die Veröffentlichung erlaubt. Drei Aussagen seien zitiert. Schon sie zeigen, welch tiefes Umdenken in der Kirche im Gange ist. Lustiger schreibt: »Der christliche Antisemitismus erscheint letztlich nicht als eine rassistische Besonderheit unter vielen, sondern in Wahrheit als eine Sünde – eine Sünde, deren Ungeheuerlichkeit bezeichnend ist für die tiefgreifende Untreue gegenüber der Gnade Christi«. Ein anderer Satz: »Die Verwerfung der Juden durch die Christen ist, ob sie das wollen oder nicht, eine mißbräuchliche oder gotteslästerliche Aneignung der Erwählung Israels«. Schließlich ein letzter Satz: »Wenn man es gewagt hat, bezüglich Israel und Christus von Gottesmord zu sprechen, so müßte man bezüglich der christlich genannten, abendländischen Völker und dem, was sie dem jüdischen Volk angetan haben, von Gottesmord sprechen«.

Nach solchen Sätzen möchte man schweigen. Jedes Drängen, zu formulieren, bleibt hinter dem Drängen, wortlos nachzusinnen, zurück.

Vielleicht werden es künftig die 2711 Betonstelen von Peter Eisenman sein, die einem bei dieser Art Schweigen helfen. »Sie sind still wie die Menschen in Auschwitz«, sagt der Architekt. Der Mann aus New York hat das Denkmal für die ermordeten Juden Europas entworfen. Am 10. Mai wurde das Riesenareal beim Brandenburger Tor seiner Bestimmung übergeben. »Bestimmung«? »Die Absicht war, keine Absicht zu haben«, sagt Eisenman. Angst vor Graffiti? »Graffiti wären gut«, antwortet der Künstler. Es liegt an den Nachkommen der Täter, wie sie das Stelenfeld annehmen. Eisenmans Werk verweigert sich der Suggestion und jedem falschen Gefühlsausdruck.

Bundespräsident Köhler hat vor wenigen Monaten vor der Knesset die Verantwortung für die Shoah einen Teil der deutschen Identität genannt. Wird das selbstbewußt gewordene Deutschland nun einen großen imaginären Schlußstrich ziehen? Das ist nicht zu erwarten. Man kann zwar nicht an den Unverschämtheiten des wieder aufflackernden Neonazi-Ungeistes vorbeisehen (die NPD nannte im Jänner im sächsischen Landtag die britisch-amerikanische Bombardierung Dresdens einen »Bomben-Holocaust«); und natürlich ist die deutsche Massenarbeitslosigkeit potentiell destabilisierend, weil das durch Dauerarbeitslosigkeit bedingte Zukunftsvakuum bei jüngeren Menschen zu einer gefährlichen seelischen Leerstelle führen kann.

Dennoch, Deutschland hat sich im Umgang mit der NS-Vergangenheit als »lernende Demokratie« erwiesen. Daher könne es sein, schreibt Norbert Frei, daß sich mit dem Generationswechsel zwar ein neues Geschichtsgefühl breit mache, »aber vielleicht bleibt so etwas wie eine gelernte Zeitgenossenschaft«. Der frühere israelische Botschafter in Berlin, Avi Primor, drückt das so aus: »Wo hat man eigentlich jemals in der Welt eine Nation gesehen, die Mahnmäler zur Verewigung der eigenen Schande errichtet? Dazu haben bis heute nur die Deutschen den Mut gehabt«.

Wer in Berlin durch das Brandenburger Tor und die Wilhelmstraße geht, wadet gewissermaßen durch die Aschenhaufen einer hybriden Machtentfaltung von einst. Lang sind die Schlangen vor dem Reichstagsgebäude. Alle Besucher streben hinauf in die gläserne Kuppel von Sir Norman Foster – Italiener, Franzosen, Holländer und viele Deutsche. Ihr Gesichtsausdruck ist erwartungsfroh und verhalten zugleich. Auf der einen Seite der scheußliche neo-wilhelminische Bau genau an der einstigen Grenze zwischen West- und Osteuropa, wo Riesenheere einander mehr als 30 Jahre lang mit Atomwaffen bedroht hatten. Auf der anderen Seite die durchsichtige Parlamentskuppel als Symbol demokratischer Transparenz, der Blick auf die unsichtbaren Aschenhaufen der Nazizeit und das stolze Panorama des neugebauten Berlin.

Millionen Kuppel-Besucher spüren: ein Neuanfang ist möglich – wenn man sich zur eigenen Schuld bekennt.